

Betriebliche Integration basiert nicht auf Chancengleichheit, sondern auf multiplen Gerechtigkeitsprinzipien

Christian Imdorf, Institut für Soziologie der Universität Basel

Publiziert als Kommentar in: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete VHN 78, 78-79

Urs Haeberlin fragt in seinem provokativen Essay danach, ob sich Chancengleichheit mit Integration verträgt und folgert ambivalent: Das Postulat der Chancengleichheit ermögliche zwar die Integration von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft, jedoch auf der Grundlage einer biologisch fundierten Leistungsideologie, welche Menschen mit körperlichen Leistungshindernissen letztlich auf die untersten gesellschaftlichen Positionen verdränge. Ohne die von Urs Haeberlin gezeichnete Gefahr in Abrede stellen zu wollen, möchte ich kurz skizzieren, weshalb die Chancen auf berufliche Teilhabe von als behindert geltenden Menschen auch in Zukunft bestehen dürften.

Von den verschiedenen Dimensionen von Chancengerechtigkeit bzw. der Produktion von Bildungsungleichheit im Bildungssystem (Zugang zu Bildungsangeboten; Aneignung von Bildungsinhalten und Zukunftserwartungen; Ausschluss aus einem Bildungsgang; Zertifizierung von akkumulierter Bildung; Verwertung der Bildungstitel im weiterführenden Bildungssystem) hebt Urs Haeberlin in seiner Argumentation mit Verweis auf unsere eigenen Forschungen insbesondere jene der schulischen und beruflichen Zugänge hervor. Ich beschränke mich nachfolgend auf die Thematik der betrieblichen Ausbildungsplatzvergabe. Ob sich meine Argumentation auch auf andere Dimensionen der schulischen Selektion übertragen liesse, müsste genauer untersucht werden.

Mehrdimensionale Gerechtigkeit bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen

Bildungspolitisch verstandene Chancengerechtigkeit, so Urs Haeberlin, wäre realisiert, wenn sich die schulische und berufliche Selektion durch standardisierte Begabungs- und Leistungsdiagnostik von allen bekannten Umweltbarrieren (u.a. nationalstaatliche Zugehörigkeit) abkoppeln liesse. Doch ein solcher auf Leistung verkürzter Gerechtigkeitsbegriff wird der Realität nicht gerecht. Er lässt andere Gerechtigkeitsprinzipien ausser Acht, mit welchen Betriebe die ‚Passung‘ eines erfolgreichen Bewerbers rechtfertigen. Dabei kann man mit Boltanski und Thévenot (2007) von verschiedenen ‚Welten‘ sprechen, deren moralische Prinzipien es gestatten, Wertigkeiten von Menschen im Selektionsprozess festzulegen. Jede Welt – es lässt sich u.a. die ‚industrielle Welt‘, die ‚Welt des Marktes‘ sowie die ‚häusliche Welt‘ unterscheiden – bestimmt aufgrund des je eigenen Gerechtigkeitsprinzips (Effizienz, Seniorität, Marktwert), wem in welcher Situation Grösse zukommt.

In der *industriellen Welt* eines Betriebs, u.a. der Welt der Produktion von Ware, zählen primär berufliche und schulische Kompetenzen bei der Auswahl von Lernenden. Im Direktkontakt mit der

Kundschaft nehmen Letztere zudem selbst einen Warencharakter an. In dieser *Welt des Marktes* können Auszubildende durch ihr Verhalten und Aussehen den Verkauf eines Produktes oder einer Dienstleistung fördern oder hemmen. Mit der *häuslichen Welt* sind schliesslich die zwischenmenschlichen Beziehungen und Erwartungen zwischen den Mitarbeitern angesprochen: In dieser Welt ist die Wertigkeit einer Person durch eine Vertrauenshierarchie bestimmt, die von Tradition, sozialer Nähe und Respekt getragen ist, sowie durch die Fähigkeit zur Teilhabe an sozialen Beziehungen, wie sie aus häuslicher bzw. familiärer Sicht erforderlich sind. Für das von Urs Haeberlin geforderte Bildungsziel des Reifenlassens von zwischenmenschlichen Beziehungen ist sie der zentrale Bildungsort.

Mit Blick auf ‚ausländische‘ Jugendliche lässt sich zeigen, dass diese bei der betrieblichen Selektion primär aus Sicht der häuslichen Welt als nicht „passend“ beurteilt werden (ausführlich dazu Imdorf 2008). Dagegen widersetzt sich Menschen mit (Lern-)Behinderung tendenziell die industrielle Welt. In der Welt des Marktes dürften beide Gruppen mit Benachteiligungen konfrontiert sein.

Eine eigene Untersuchung (vgl. www.lehrlingssselektion.ch) liefert empirische Hinweise hierzu: So vertrat der Betriebsleiter einer Autogarage die Meinung, dass er lieber einem Schweizer eine Ausbildungschance gebe als einem Ausländer, auch wenn man dazu „auf die Oberschule zurückgreifen müsste, oder auf einen, der ein armer Cheib ist, auf Deutsch gesagt, mit der Schulbildung einfach ein Problem hat“. Ein anderer Lehrmeister, der auf Ausländer ebenfalls nicht gut zu sprechen war, hat einem schulisch schwachen Jugendlichen aus schwierigen Schweizer Familienverhältnissen einen Ausbildungsplatz als Automonteur zugesprochen mit der Begründung: „Ich hatte das Gefühl, mit unserem familiären Betrieb kann ich den Jungen holen und wecken“. Auf Empfehlung der Schule wurde die Lehre später in eine Anlehre umgewandelt. Der Garagist erinnerte sich: „Ich habe gehofft (...) wir könnten ihm sicher diese Wärme geben, den Vaterersatz ein Stück weit (...). Aber wir konnten das Intelligenz-Geschichtchen, das konnten wir nicht verbessern“.

Die Beispiele zeigen, dass die Ausbildungschancen von ‚lernbehinderten‘ Jugendlichen dann gegeben sind, wenn bei der Auswahl die häusliche über die industrielle Gerechtigkeitsnorm obsiegt. Verlierer im Kampf um knappe Ausbildungsplätze unter Benachteiligten sind in diesem Fall Jugendliche, die als ausländisch gelten, und die ihre Fähigkeiten in der industriellen Welt des Betriebs gar nicht erst unter Beweis stellen können. Jugendliche mit einer (Lern-)Behinderung wiederum sind vor allem in jenen Betrieben benachteiligt, wo die Selektion zuallererst durch die industrielle Leistungs- und Gerechtigkeitsnorm bestimmt wird (z.B. bei einer Schulnoten basierten Vorselektion).

Schlussfolgerungen

Urs Haeberlin befürchtet, dass die biologische Ausstattung mit besserer oder schlechterer Begabung zum Schlüssel für gute und schlechte Chancen im Wettlauf um gesellschaftlichen Status werden könnte. In einer Gesellschaft, die öffentliche Kritik erlaubt und berücksichtigt, würde eine solche Entwicklung jedoch in eine Paradoxie führen: Vergleichbar mit der Eugenik verlöre eine genetisch

fundierte Sozialordnung nach Boltanski und Thévenot (2007, 116ff.) jegliche Legitimität. Denn sie würde das Prinzip der menschlichen Würde (verstanden als Chance, zum Allgemeinwohl einer Welt Grösse zu erlangen) missachten. Eine Verteilung gesellschaftlicher Positionen aufgrund einer genetisch vorgegebenen Leistungsgerechtigkeit liesse sich öffentlich nicht rechtfertigen, und Protest würde ihre Umsetzung schliesslich verhindern.

Entgegen dem bildungspolitischen Diskurs zeichnet sich die Realität zudem durch vielfältige, komplex miteinander verzahnte Gerechtigkeitsprinzipien aus. Gerade die Dominanz der häuslichen Ordnung in Ausbildungsbetrieben kann – in der Logik des Kommunitarismus – einen wichtigen Garant der beruflichen Inklusion von als behindert geltenden Menschen darstellen. Diese sind keineswegs weniger chancenlos, Zugänge in die häusliche Welt von Betrieben zu erhalten, als Menschen, die als Ausländer gelten. Letzteren gelingt es dagegen eher, sich in der industriellen Welt kompensatorische Wege in die Betriebe zu erschliessen. Zur Verhinderung des totalen Ausschlusses einer Gruppe im Konkurrenzkampf um Ausbildungsstellen unter Benachteiligten scheint es daher wichtig, dass die Pluralität der häuslichen und industriellen Gerechtigkeitsprinzipien gewahrt bleibt. Unter dieser Voraussetzung verträgt sich *Chancengerechtigkeit* zu einem gewissen, wenn auch bescheidenen Grad mit der Integration beider Benachteiligtengruppen.

Literatur

Boltanski, Luc; Thévenot, Laurent (2007): Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilkraft. Hamburger Edition: Hamburg

Imdorf, Christian (2008): Migrant*innenjugendliche in der betrieblichen Ausbildungsplatzvergabe – auch ein Problem für Kommunen. In: Michael Bommers; Marianne Krüger-Potratz (Hrsg.), Migrationsreport 2008. Fakten - Analysen – Perspektiven. Campus: Frankfurt/M, S. 113-158.